

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Zugangspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 16.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abbestellungspreis: Die „Danziger Volksstimme“ kostet monatlich 2.00 Mk. (Postgebühren eingeschlossen) und bei Zahl der Abonnenten 1000 Mk. — Bei den Abonnenten 7.30 Mk. Die „Danziger Volksstimme“ kostet bei Zahl 1000 Mk. — Postgebühren eingeschlossen. — Abbestellungspreis: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Nr. 279

Mittwoch, den 30. November 1921

12. Jahrgang

Verzweiflungs-Rabulistik.

Schon unsere Veröffentlichungen eines nur kleinen Teiles der aufsehenerregenden Enthüllungen des „Vorwärts“ über die von der KPD zur Inszenierung des mitteldeutschen Putzes angewandten verbrecherischen Methoden haben das hiesige Kommunistenorgan vollkommen aus der Fassung gebracht. Die Wut mit der uns das Blatt wegen dieser Veröffentlichungen angreift, ist durchaus verständlich, da diese aus kommunistischer Quelle stammenden Berichte auch dem letzten Arbeiter vollauf die Augen öffnen werden über das frevelhafte, gewissenlose Spiel, das unter der Flagge der kommunistischen Partei in geradezu verbrecherischer Weise getrieben worden ist. Da die entlarvten Kommunistenführer die Veröffentlichungen auch nicht im geringsten abschweifen, geschweige widerlegen können, so versallen sie in ihrer kopflosen Verzweiflung auf den alten Trick, durch hysterisches Geschrei gegen die SPD, die Öffentlichkeit irre zu führen. Die Tatsachen sprechen aber diesmal zu deutlich, als daß durch eine plumpe Demagogie die kommunistische Blutschuld gemildert werden könnte.

Zunächst versucht die „Arbeiter-Zeitung“ die Glaubwürdigkeit der Enthüllungen dadurch als zweifelhaft hinzustellen, daß sie etwas von „angeblichen Berichten aus der Spitzelzentrale des Reichskommunists Weismann“ fasselt. Und diese bewußten Lügen, trotzdem die Herkunft der Berichte einwandfrei feststeht. Sogar der Kommunist Paul Levi hat die Echtheit der Berichte ausdrücklich mit dem Hinweis bekräftigt, daß sie von den beteiligten Kommunistenführern am mitteldeutschen Aufstand abgefaßt worden sind. Uebrigens hat das kommunistische Zentralorgan auch nicht den geringsten Versuch gemacht, die Echtheit der Dokumente zu bestreiten; dies blieb allein dem stets wütig mit der Wagnheit kämpfenden hiesigen Kommunistenorgan vorbehalten.

Auch die andern Verlegenheitsargumente der „Arbeiter-Zeitung“ stehen auf der gleichen niedrigen Stufe. Immer wenn die volksverräterischen Methoden der KPD ins rechte Licht gerückt werden, versteckt sie sich hinter der harmlosen Maske der Arbeiterfreundlichkeit und schiebt den Gedanken der Einheitsfront in den Vordergrund. Wir sind die Ickten, die der Bildung einer gesunden Einheitsfront der Arbeiterschaft auch nur die geringsten Schwierigkeiten machen möchten, da es ja immer der Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei war, daß nur durch eine einheitliche, geschlossene Zusammenfassung aller Kopf- und Handarbeiter die Lösung der Tagesaufgaben und Verwirklichung der sozialistischen Ziele möglich ist. Wir sind aber im Gegensatz zur „Arbeiter-Zeitung“ der Auffassung, daß die Aufdeckung der gemeingefährlichen Schurkerereien der kommunistischen Führer kein Hemmnis sondern im Gegenteil eine Förderung des Einigungsgedankens bedeutet. Die gewissenlose Art, mit der kostbare Menschenleben und wertvolle der Arbeiterschaft gehörende Sachgüter geopfert wurden, nur um die von der KPD-Zeitung gebrauchte Erregung unter der Arbeiterschaft künstlich zu erzeugen, wird die notwendige Aufklärung über die verwerfliche Putzaktion der KPD schaffen und sicherlich auch die kommunistische Anhängererschaft gründlich erntern. Wir können es in dieser Hinsicht durchaus mit der unabhängigen „Freiheit“ halten, die eine ihrer Betrachtungen mit dem Ausdruck „sehnlichster Hoffnung“, daß die Arbeiter in der kommunistischen Partei einsehen würden, wie schamhaft sie belogen und mißleitet wurden, wie folgt schreibt:

„Wie können sie Führern Gefolgschaft leisten, die innerlich treulos, ohne jedes Verantwortungsgefühl, ohne moralische oder politische Hemmungen sind und nichts anderes kennen als ihren Größenwahn und die Befehle derjenigen, die keine Verantwortung tragen? Wiele von ihnen mögen bisher in dem Glauben gehandelt haben, daß auch die an der Spitze ihrer Partei stehenden Personen das Beste für die Arbeiterbewegung wollen. Wer von ihnen hat jetzt noch diese innere Ueberzeugung?“
Es erscheint uns ausgeschlossen, daß mit den Vertretern dieser Partei gemeinsame Politik getrieben werden kann. Für die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterschaft wie für das geistliche Zusammenwirken der verschiedenen Parteien und der Gewerkschaften ist die erste, aber auch unerlässliche Voraussetzung: moralisch und politisch ein-

wandzeltes Handeln. Von diesem Ziel sind die Führer der kommunistischen Partei noch außerordentlich weit entfernt. Auf ihnen ruht deshalb die Schuld, daß die Versuche mit ihnen national oder international zusammenzuwirken, ein Ende haben werden. Die deutsche Arbeiterklasse erfüllt ihre wichtigste Pflicht gegen sich selbst, wenn sie diese Gesellschaft auch des letzten Rechtes der politischen Bedeutung entkleidet, indem sie die Handvoll Betrüger an der Spitze der kommunistischen Partei unter sich läßt.“

Das sind Worte, wie sie wohl selbst von sozialdemokratischer Seite nicht schärfer gesagt werden können. Sie treffen aber so sehr den Kern der Sache, daß es überflüssig ist, zu den verzweiflungsvollen Verdrehungskünsten der „Arbeiter-Zeitung“ noch ausführlicher Stellung zu nehmen. Die KPD-Zeitung wird selbst einsehen, daß es ein vergebliches Bemühen ist, die Wirkung der Entlarvung des kommunistischen Massenbetruges durch plumpe Spiegelschereien abzuschwächen. Selbst die mit den Veröffentlichungen in gar keinem Zusammenhang stehende gekünstelte kommunistische Heulmeterlei über das wirtschaftliche Elend kann nicht über die neue vernichtende Anprangerung der KPD hinwegtäuschen. Auch die letzten Arbeiter müssen jetzt erkennen, daß die kommunistische Partei trotz ihres Geschreis nur die eine Gewähr bietet, daß sie die Arbeiterschaft mit der verwerflichsten Mitteln kaltherzig der Bourgeoisie ans Messer liefert und immer mehr dem Elend überantwortet. Nur bei einer gründlichen Abkehr von den aufgedeckten Verbrechermethoden der KPD kann die Lage der Arbeiterschaft gebessert werden.

Offensive gegen den Preiswucher.

Das Reichskabinett beendete gestern nachmittag unter Teilnahme der preussischen Minister seine Beratungen über die durch die Teuerung geschaffene Lage. In Ergänzung und Verschärfung der bereits bestehenden gesetzlichen Vorschriften zur Bekämpfung des Wuchers wird den gesetzgebenden Körperschaften unverzüglich eine Vorlage unterbreitet, welche die Veröffentlichung sämtlicher Beurteilungen wegen Schleichhandels und Preistreibererei durch die Presse vorschreibt. Bei Beurteilungen wegen schwerer Fälle (Gefängnis über drei Monate) ist außerdem Veröffentlichung durch Anschlag vorgesehen. Ferner beschloß das Kabinett, die bestehenden Preisprüfstellen durch Kommissionen zu ergänzen. Diesen Kommissionen sollen neben Vertretern der Verbraucher auch Vertreter der Gewerkschaften angehören. Die Preisprüfstellen werden alsbald Anweisungen zum entschiedenen Vorgehen gegen den Wucher erhalten. Zur Besserung der Milchversorgung werden in dem Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für 1920 und 1921 400 Millionen Mark bereitgestellt werden, und zwar für solche Gemeinden, in denen die Milchversorgung besonders nothleidet.

Ausschaltung des Zwischenhandel.

In Halle wurde zwischen Vertretern der Landwirtschaft einerseits und Vertretern der Braunkohlen-, Stickstoff- und Kalkindustrie andererseits über direkte Beziehungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern verhandelt. Die Landwirte sollen Kalk, Kohle und Stickstoff direkt von den Fabriken geliefert bekommen und dafür Kartoffeln, Mehl und Hülsenfrüchte direkt an die Fabriken liefern. Auf diese Weise soll die Arbeiterschaft der Fabriken mit Lebensmitteln versorgt werden.

Verurteilte Eierhändler und Wucherer. Das hiesige Wuchergericht verurteilte einen Kleinhändler wegen Verkauf von Eiern an Belgier zu vier Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe. Mehrere andere Personen wurden wegen ähnlicher Vergehen zu Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt. In Döhlen sind Eier für 20 Mark das Stück verkauft worden!

Schwerer Zugunfall. Gestern hat ein Zusammenstoß zwischen dem Brüssel-Antwerpen und einem anderen Personenzug zwischen Mecheln und Antwerpen stattgefunden. Fünf Personen wurden getötet und 20 verwundet.

Die Wirkungen des polnischen Zolltarifs auf Danzig

Die Handelskammer hat an den Senat und den Volksrat folgende Eingabe gemacht:
In den Kreisen von Handel und Industrie ist die lebhafteste Beunruhigung dadurch entstanden, daß der polnische Zolltarif in Kraft gesetzt werden soll, ohne eine genügend lange Uebergangsfrist und infolge der demselben von polnischer Seite erlassenen Verordnungen über das Zollgesetz mit einer Höhe, wie sie nicht erwartet werden konnte und wie sie durch die wirtschaftlichen Verhältnisse auch nicht gerechtfertigt ist. Handel und Industrie sind ebenfalls der Ueberzeugung, daß wichtige Danziger Gewerbezweige dem Uebergang ausgesetzt sein würden, wenn der polnische Zolltarif ab 1. Januar 1922 in der vorliegenden Form in Kraft gesetzt würde. Die in der Handelskammer zu Danzig vertretenen gewerblichen Kreise sind der Ueberzeugung, daß das Inkrafttreten des polnischen Zolltarifs in der vorliegenden Form eine geradezu unannehmerliche Belastung des Verbrauches aller Schichten der Danziger Bevölkerung zur Folge haben würde. Soziale Rücksicht, Erwerbslosigkeit und ungenügende Lohnbewegungen werden zu einer Zeit, wo wirtschaftliche Zusammenarbeit in unserem kleinen Staat mehr denn je notwendig ist, die Folge sein.
Die Regierung Polens hat in dem der Volksvertretung vorgelegten Vertrage versprochen, in ihren Zollverordnungen und Zolltarifen die Interessen des Freistaats Danzig nach Möglichkeit zu schützen (Artikel 197/8). Die weitere Gestaltung des polnischen Zolltarifs läßt infolge der Erhöhung des Goldzinsfußes diesen Schutz in jeder Beziehung vermissen.

Auf Grund von Eingaben der Handelskammer und wirtschaftlicher Interessenten des Freistaats ist der polnische Regierung eine Denkschrift überreicht worden, die sich eingehend mit den in dem auf russische Verhältnisse zugeschnittenen polnischen Zolltarif enthaltenen festen Zollsätzen befaßt und im einzelnen darlegt, welche Änderungen zur Aufrechterhaltung des Danziger Wirtschaftslebens notwendig sind. Bis jetzt ist über diese Vorschläge noch nicht verhandelt worden.

Wir bitten ergebenst, dahin zu wirken, daß die von der polnischen Seite über den Zolltarif zugesagten Verhandlungen aufgenommen werden.

Die polnische Regierung hat zugesagt, daß die Änderungen der polnischen Zollverordnungen die Danziger Regierung und die Danziger Interessenten gehört werden sollen. Der 7. Teil des Abkommens vom 24. Oktober 1921 sieht vor, daß außerhalb der polnischen Ein- und Ausfuhrbestimmungen Danzig in Zukunft zur Versorgung seiner Bevölkerung und seiner Gewerbe über eigene Ein- und Ausfuhrkontingente verfügt. Die polnische Regierung hat das System der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen in der letzten Zeit stark beschränkt. Es besteht die Gefahr, daß das auf dem Gebiete der Ein- und Ausfuhrpolitik der Freien Stadt Danzig gemachte Zugeständnis durch einseitige Maßnahmen wirkungslos gemacht wird.

Die Handelskammer zu Danzig hat in einer früheren Eingabe darum gebeten, für diejenigen Waren, die auf Grund von Kaufverträgen hereinkommen, die nachweislich vor einem bestimmten Termin vor dem Inkrafttreten der Danzig-polnischen Zollunion abgeschlossen sind, und nach dem Inkrafttreten eintreffen, noch Zollfrei aus Einfuhrzollgründen heranzulassen werden. Die gegenwärtig stattfindende Beschäftigung der hiesigen Industrie bringt es mit sich, daß viele Abschlüsse, die in der letzten Zeit getätigt worden sind, erst nach dem 1. Januar 1922 zur Verlesigung kommen. Die Danziger Wirtschaftskreise hätten mit einer längeren Uebergangsfrist gerechnet. Sie sind durch die in dem Vertrage vorgesehene Festlegung des 1. Januar 1922 überrascht worden. Die Handelskammer hat sich daher auf den Standpunkt gestellt, daß im Interesse der Danziger Gewerbe und des Danziger Konsums die Frage noch eingehend geprüft werden muß, wieweit der Zoll für Waren, die auf Grund früherer Kaufverträge nach dem 1. Januar 1922 in das Zollland gebracht hereinkommen, aus besonderen Billigkeitsgründen nachgelassen werden kann.

Berlin vorübergehend ohne Elektrizität.

Erfolgreicher Streik der Angestellten.
Die technischen Angestellten der Berliner städtischen Betriebe haben gestern vormittag beschlossen, sich der kaufmännischen Angestellten anzuschließen und nachmittags um 2 Uhr die Arbeit niederzulegen. Die Berliner Elektrizitätswerke lagen daraufhin seit 2 Uhr nachmittags still. Der Straßenbahnverkehr und die Stromversorgung der Privat- und Geschäftsbetriebe wurde eingestellt. Die Straßenbahnwagen blieben auf offener Strecke in den Straßen liegen. Durch Verhandlungen zwischen den Vertretern des Magistrats und der Verbände der Betreffenden wurde gegen Abend eine Einigung erzielt. Der Streikpreis vom 28. November 1921 wurde mit erheblichen weiteren Zugeständnissen für die Arbeiterschaft angenommen. Auf Grund dieser Einigung wurde die elektrische Versorgung Berlins in Gang gesetzt. In das es um Witternacht wieder Nacht gab.

Antisemitische Kampfstellung der Deutsch-nationalen.

Die Parteivertretung der Deutsch-nationalen Volkspartei beschäftigte sich dieser Tage mit Anträgen, die sich auf die Stellung der Partei zur „Jüdischen Frage“ bezogen und der Parteivertretung von dem Münchener Parteitag zur Beratung überwiesen waren. Folgender Beschluss wurde gefasst:

„Unter Abstandsnahme von Änderungen der Satzung und der Grundzüge der Partei ist der Parteitag überzeugt, daß sowohl die Parteileitung wie die Fraktionen und Landesverbände in der praktischen Arbeit klar und mit aller Entschiedenheit auf dem Boden des deutschvölkischen Nationalismus stehen und, wie bisher, so auch weiter, die Partei von jedem jüdischen Einfluß zu erhalten werden.“

Diese Entschiedenheit bedeutet einen klaren Gegensatz zwischen rechten Flügeln der Partei, der unter dem Namen der „Deutschvölkischen“ eine besondere Gruppe bildet. Indem sich die ganze Partei dem deutschvölkischen Bekenntnis verpflichtet, dokumentiert sie, daß sie sich noch mehr als bisher im Jahressommer des wüsten Nordanstiegs begeben will.

Schweigende Verleumder.

Jahrelang hat die gesamte deutsch-nationale Presse die Verleumdung der Genossen Scheidemann, Loske, Ebert, Eugen Ernst u. a. durch den sogenannten „Fall Ellara“ betrieben. In den Wahlkämpfen der letzten Jahre wurden die Genossen als von Schiebern geschmiert hingestellt, so in einer besonderen Broschüre „Der Mattensünder“, die in vielen tausend Exemplaren verbreitet ist, wurde besonders raffiniert Verleumdungen der Genossen verbreitet. Das gegen andere Parteigenossen nicht das stärkste Verleumdung vorlag, wurde schon vor Jahr und Tag durch einen sozialdemokratischen Untersuchungsbericht festgestellt. Aber auch die Verleumdungen gegen Ernst Georg Ellara, der niemals unserer Partei angehört hat, bei dem aber gelegentlich auch sozialistische Abgeordnete verfahren, trafen mehr und mehr zusammen. Jetzt sieht sich das führende deutsch-nationale Blatt, die „Deutsche Tageszeitung“, gezwungen, folgende Erklärung aufzunehmen:

„Das Ende des Falles Ellara. Nachdem die gegen Herrn Georg Ellara eingeleiteten Ermittlungsverfahren von der Staatsanwaltschaft wegen erwiesener Unschuld eingestellt worden sind, stehen wir nicht an, die gegen Herrn Georg Ellara in einer Reihe von Artikeln erhobenen Vorwürfe, die auf Grund falscher Informationen zweier Korrespondenzbüros von uns gebracht worden waren, mit Bedauern zurückzunehmen.“

Diese Erklärung brachte die „Deutsche Tageszeitung“ am Freitag, den 11. November. Bis jetzt hat aber noch keine der vielen bürgerlichen Zeitungen, die abgesehen von den „Fall Ellara“ das Blende vom Himmel heruntergelassen haben, soviel Aufwand aufgebracht, diese Notiz aus der „Deutschen Tageszeitung“ nachzudrucken. Auch die unabhängige und kommunistische Presse, die sich eifrig an diesem Verleumdungsfeldzug beteiligt hat, schweigt sich aus.

Wirtschaftliche Erdrosselung des Saargebietes.

Die norwegische Zeitung „Sozialdemokraten“ in Christiania berichtet von einer Zusammenkunft ihrer Korrespondenten mit einer Abordnung von Bergarbeitern des Saargebietes, die ihm die dortigen Verhältnisse mit bitteren Worten schildert und sich über die bisherigen Ergebnisse der französischen Militärherrschaft für das Wirtschaftsleben des Saargebietes schwer beklagt haben. Das Hauptübel an dem wirt-

schaftlichen Niedergang des Saargebietes sei in der zwingenden Einführung der Frankennährung zu erblicken, durch die besonders die Kohlenindustrie getroffen werde, da ihr infolge der Konkurrenzunfähigkeit mit der reichhaltigeren Industrie ihr natürliches Absatzgebiet Westfalen genommen worden sei. Infolgedessen sei ein rasider Niedergang der monatlichen Kohlenproduktion von ursprünglich 1 Million auf 700.000 Tonnen zu verzeichnen, während auf der anderen Seite des Rheins das dringendste Bedürfnis nach Kohle bestünde. Die Bergarbeiter lenkten die Aufmerksamkeit des Korrespondenten besonders auf die schreiende Ungerechtigkeit, die darin liege, daß die Arbeiter der Industrie den Interessen des französischen Kapitalismus geopfert werde. Die Ausfahrungen der Bergarbeiter stießen in dem Maße, daß die französischen Behörden durch die wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen die Bevölkerung mit Gewalt zu verwehnen suchten und entgegen dem Versämler Vertrag jeden andwießen, der ein Wort des Protestes wage.

Der Zustand in Karelien.

Die finnländische Presse meldet, die Hauptkräfte der russländischen Konzentrierten sich an der Grenze der Gemeinden Repola und Porokjärvi, die sich seinerzeit an Finnland angeschlossen hatten, später aber an Sowjetrußland zurückgegeben werden mußten. Ein Communiqué der „karellischen Regierung“ spricht von vorzüglichen Erfolgen der karellischen Partisanen, die ganz Nordkarelien von den Bolschewisten geläubert hätten. In Seltinsfors hat sich ein Komitee zur Hilfeleistung an Karelien organisiert, dem viele bekannte Persönlichkeiten und öffentliche Organisationen angehören. — Die finnländische Presse empfiehlt den baltischen Staaten, sich an Sowjetrußland mit einer Note zu wenden, in der die strenge Einhaltung der Autonomie Kareliens verlangt wird.

Moskauer Mißtrauen gegen eine deutsch-englische Kooperation.

Den gegenwärtig in Sowjetkreisen allgemein herrschenden Befürchtungen, daß die Bildung internationaler Kongerne für die Beistellung in Rußland zur Ausbeutung Rußlands führen würde, gibt Nadel in der Moskauer „Pravda“ Ausdruck. Er schreibt, daß Projekt eines deutsch-englischen Trusts für den Aufbau Rußlands zeuge davon, daß der in letzter Zeit vor sich gegangene Umschwung in der deutschen Politik gegenüber Sowjetrußland sich nicht entschieden genug vollziehe. Ein derartiger Trust könnte zwar dazu dienen, die Preise der Auslandswaren beim Absatz nach Sowjetrußland zu schrauben, würde jedoch die deutsche Industrie der Kontrolle der Entente unterstellen und Deutschland als selbständigen Faktor in Rußland ausschalten. Es sei falsch, die Notwendigkeit des Zusammengehens mit England damit zu begründen, daß Deutschland allein die nötigen Kapitalien nicht aufbringen könne. Der Wiederaufbau Rußlands werde eine Arbeit von vielen Jahren erfordern, das bedeute aber nicht, daß die Arbeit sofort in einem grandiosen Ausmaß beginnen müsse oder könne. Die deutsch-englischen Projekte liefen letzten Endes auf eine Sabotage der direkten deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen durch das englische Kapital hinaus und würden einen beschleunigten, aber reellen Anfang verzögern. Sowjetrußland erkenne, daß es nicht nur von einer einzigen kapitalistischen Gruppierung Hilfe brauche, es werde jedoch Mittel für den Kampf gegen einen internationalen Ausbeutungstrust finden. Nadel läßt eine Drohung gegen Deutschland einfließen, wenn er sagt, selbstverständlich würden sich diese Mittel leichter gegen das schwächere Mitglied des Trusts, als gegen das stärkere anwenden lassen.

Wahlresultat in Eisenburg. Bei der Stadtratswahl in Eisenburg, die am Sonntag stattfand, erhielten die Sozialdemokratische Partei 2228, die Unabhängigen 2700, die vereinigten Bürgerlichen 6008 und die Kommunisten 1220 Stimmen. Sie erhalten: Unsere Partei 12, die Unabhängigen 4, die Bürgerlichen 9, die Kommunisten 1. Wahler waren vertreten: Sozialdemokraten 10, Unabhängige 8, Bürgerliche 8, Kommunisten 0.

Keine Kriegsgefangenen sondern Fremdenlegionäre. Die Nachricht mehrerer Blätter, daß sich 600 deutsche Kriegsgefangene in französischen Strafbatalionen in Syrien befänden, ist unzutreffend. Richtig ist, daß 20 deutsche Wehrmachtangehörige Ende August aus Syrien in Tiflis angelangt sind. Die Vernehmung der Flüchtlinge hat ergeben, daß es sich nicht um bisherige Kriegsgefangene, sondern um entflozene Fremdenlegionäre handelt. Anscheinend wird eine ganze Reihe von Fremdenlegionären deutscher Herkunft von der französischen Regierung bei in Syrien stehenden Verbänden dieser Truppe verwendet.

Das Attentat auf den litauischen Finanzminister. Der litauische Finanzminister Gaidukas, auf den ein Attentat verübt wurde, ist außer Gefahr. Ueber die Urheber des Attentats ist noch immer keine Klarheit geschaffen. Während einerseits vermutet wird, daß das Attentat auf gewisse politische Umwälzungen zurückzuführen sei, wird andererseits die Ansicht vertreten, daß die Attentäter den Kreisen der litauischen Nationalisten angehören, die den Minister für einen Anhänger des Ommand-Projekts halten. — Der litauische Minister hat beschlossen, das Ommand-Projekt dem Genuin zur endgültigen Entscheidung zu übergeben.

Minderpest in Polen. Nach zuverlässigen Nachrichten greift die Minderpest in Kongresspolen stellenweise weiter um sich. Sie tritt neuerdings in dem Kreis Augustowo auf, der den ostpreussischen Kreisen Lodz und Dlego benachbart ist, und herrscht in den zwei angrenzenden Teilen des Kreises Szuczyn, insbesondere in der Umgegend von Grajewo nach Blagieslod zu. Dies beweist, daß die Gefahr der Einschleppung in das ostpreussische Grenzgebiet weiter besteht.

Aus Polen. Zum stellvertretenden Vorsitzenden der polnischen Kommission für die Verhandlungen mit Deutschland über Oberschlesien ist der Abgeordnete Zygmunt Seyda, Jurist und Mitglied der Nationaldemokratischen Partei, ernannt worden. — In Warschau steht das Eintreffen des litauischen Ministers Rosenbaum bevor, wovon die Aufnahme offizieller Beziehungen Polens mit der Komwoer Regierung erwartet wird.

Das Verbot der beiden kommunistischen Blätter „Kommunistische Arbeiterzeitung“ und „Der Kampftruf“ hat der preussische Innenminister Severing folgendermaßen begründet: Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ und die Wochenschrift „Der Kampftruf“ enthalten einen „Aufruf an die Proletarier“, in dem sich u. a. folgende Stellen befinden:

„Verzichtet alles, was Euch im Wege steht! . . . Vertrümmert die Gewerkschaften und den bürgerlichen Staat, die demokratische Justizhausrepublik! Durchbrecht das Gesetz des kapitalistischen Privateigentums! . . . Errichtet den Rätestaat des revolutionären Proletariats. Handelt nach dem Gesetze des proletarischen Gemeineigentums! Es geht um Leben oder Tod. Das Ende des Privateigentums ist der Tod der Bourgeoisie! Der Tod der Bourgeoisie ist das Leben des Proletariats! Auf zum letzten Gefecht! Kommunisten vor die Front! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe die Weltrevolution!“

Hierin liegt die Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und zur gewaltsamen Beseitigung der republikanisch-demokratischen Verfassung des Reiches. Deshalb wird auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1921 das Erscheinen auf die Dauer von einer Woche verboten.

Ber regiert die Ostsee?

Selbst es noch eine deutsche Flotte gab, waren die Seemachtverhältnisse in der Ostsee völlig geklärt. Anher ihr gab es nur noch die russische Marine, die aber im Winter sehr behindert war und auch gar nicht den Ehrgeiz besaß, mit der deutschen Flotte in Wettbewerb zu treten. Dänemark und Schweden als Kalte der Ostsee beschränkten sich auf ihre Gewässer. Fremde Kriegsschiffe als Besucher des baltischen Meeres kamen selten und blieben nie lange dort.

Der Ausbruch des Krieges schuf radikalen Wandel. Deutschland und Rußland verschwanden zunächst vollständig. An ihre Stelle trat sofort England, das sich bisher die Vormachtstellung nicht nehmen ließ. Auf Kopenhagen zunächst und später auf Danzig und Riga geschöpft, unterhält es ein Kreuzergeschwader, das sich vollständig in der Ostsee befindet — zum ersten Male seit Jahrhunderten. Die Engländer konnten zunächst die Kammerfahrt ihrer Flotte gegen den Kampf gegen die Russen im baltischen Meerbusen beibehalten. Als diese Schirmflotte später, nachdem sie den Briten erhebliche Verluste gelistet hatten, einbrach, wurde das Geschwader nötig, um die von den Engländern hauptsächlich gepflegte Verbindung mit den Handrouten zu schützen. Die Franzosen als Trabanten der Engländer blieben sich einig ihrer kleinen, kümmerlichen Kreuzergeschwader, mit denen sie jedoch keine klar erkennbare Politik verfolgten; sie zeigten sich nur überfall, und ließen es dabei bewenden.

Früher als die Deutschen rührten sich die Russen. Unter Alexander war die Marine noch notwendig in Last gewesen, die Kaiserlichen fanden nicht mehr viel wertvolles Material vor. Aber sie gingen, in der klaren Erkenntnis, daß Seefahrt nur ist, an den Wiederaufbau der Ostseeflotte heran. Die Engländer hinderten sie daran nicht sehr; alle anderen hatten die Russen zu fürchten, nur die Briten nicht. Heute ist die russische Flotte ohne jede Unterbrechung stärker als die deutsche, hat sie doch zwei Dreadnoughts, die nicht nur fahren können, und fünf vollkommen verwendungsfähige U-Boote. Außerdem verfügt sie über einige torpedierte Kreuzer und 18 große Geschütze, die voll

im Dienst sind. Ostschiffe sind keine nennenswerten vorhanden. Von älteren Kreuzern sind heute nur noch verschwindend wenige aktiv, alle jüngeren Kreuzer sind fast ausschließlich „Kriegsschiffe“ aus der Sowjetzeit. Die Matrosen sind zum weitaus größten Teil ungeschult und nur selten seefähig, das Personal der alten Flotte waren Offiziere, Leuten und Matrosen. Eine Reserveabteilung besteht in Petersburg. Die Admirale in der Flotte sind jetzt wieder abgekauft, die Offiziere haben wieder Zivilkragen. Uniformfragen ist nicht vorgeschrieben, die Offiziere gehen daher meist in Zivil, die Matrosen tragen die alte Jagduniformen.

Die Erben der ehemaligen russischen Seegeltung im Ostsee der Ostsee sind vornehmlich die Finnen und Esten. Finnland ist ebenso wie Polen marxistisch in französische Hände gefallen. Allerdings sind auch 4 finnische Seefahrer in Italien zur Ausbildung kommandiert. Finnland hat 4 Panzerboote, 7 Torpedoboote, 2 Minenleger und 11 andere kleine Schiffe. An Personal stehen gegen 30 Offiziere und rund 200 Mann zur Verfügung. Großer Wert wird auf die Schaffung einer U-Bootenflotte von der Marine gelegt. An neuen Schiffen sind einige U-Boote im Bau, für die kürzlich erst der Kaiserbundrat die Genehmigung zu der Größe von 750 Tonnen erteilte. Nachst Finnland ist es Estland, das unter der Leitung des Grafen Pawlowski, eines alten Seefahrers, an die Schaffung einer Flotte geht. Ihm unterstehen 30 Offiziere und 1000 Mann, an Material stehen zurzeit nur beschränkte Handelschiffe zur Verfügung. Estland hat zwar sehr gute und neue Schiffe, aber nur 2 ehemalige russische Zerstörer der großen Komiklasse mit je 150 Mann Besatzung.

Ueber die polnische Marine ist in letzter Zeit viel geschrieben und geschrieben worden. Sie ist auch unstrittig das eigenartigste Gebilde unter allen Ostseefloten. Daran ändert auch die Reorganisation der „Raczynskopolina“ nichts, die die kleine Marine in Schweden nehmen soll. Polen hat 5 Admirale, und bei 2000 Matrosen nicht weniger als 240 Seefahrer und außerdem noch 40 Beamte. Für diese Mannschaften stehen zur Verfügung 2 Panzerboote, 4 Minenboote, 6 Torpedoboote und 20 Seefahrerschiffe und

Motorboote. Alle Formationen der Marine liegen im Binnenlande, so in Modlin, Warschau, Thorn und Graudenz. Das Schiffschiff „Now“ von 3200 Tonnen ist ein kleines Segelschiff vor wenigen hundert Jahren für Kadetten.

Italien hat bisher noch keine Flotte ins Leben gerufen, es ist sehr fraglich, welchen Teil der Ostseeflotte es auch „schöpfen“ sollte, wahrscheinlich wird es marxistisch „Anlehnung“ an Polen suchen.

Schweden und Dänemark haben ihre Flotten in langsamem, aber selbstwüthem Aufschwung modernisiert, soweit ihre bescheidenen Mittel dazu ausreichten. Keine von den beiden Marinen nimmt eine überragende Stellung in der Ostsee ein, erkennbar ist jedoch, daß sie sich freier in ihr bewegen als früher. So waren erst kürzlich schwedische Schiffe auf einer großen Handreise in der Ostsee begriffen.

Deutschland hat in der Ostsee den einzigen geschlossenen Verband außer dem Briten unter der Flagge. Dieser Verband besteht zurzeit aus einem Minenschiff, der „Domover“, zwei kleinen Kreuzern und einer Torpedoschiffe. Viel größer kann er nicht werden, da den Deutschen die Größe der Flotte durch den Frieden vorgeschrieben wurde. Aber auch Dänemark, Schweden und Rußland werden die Vorherrschaft nicht an sich zu reichen vermögen, solange England in dem baltischen Meere immer ein Geschwader neuerer Schiffe unterhält. Und dafür werden die Engländer schon Sorge tragen, daß diese neue „Station“ immer gut besetzt ist. Die Nachfrage in der Ostsee ist also entschieden in einem Sinne, wie er den Engländern schon lange vorgeschwebt hat: Nur auf einem Gebiete können die zur See langsam aber sicher wieder ersparenden Deutschen die Führung übernehmen: in der Ostsee handelt es sich um die Ostsee. Und auf diesem Wege sind sie. Mehr und mehr ziehen sie die Flagge in den nördlichen Ozean, man bräut ihr in Richtung entgegen und treibt mit ihnen Handel, wenn auch nicht die große Kriegsflotte hinter ihnen steht, ohne die man früher nicht glauben auskommen zu können. Zwar sind den englischen Kreuzern auch die englischen „Tramp“ gefolgt, aber den Vorprung, den in der Ostsee die Ostseeflotte hat, werden die Engländer nicht so

tern die Verteilung überlassen, sie aber unter Kontrolle halten in Bezug auf die Mengen, die Ausführungsformen und Preise der Waren auf Grund bestimmter Vereinbarungen, die zwischen sämtlichen Interessierten in der Gruppe, also zwischen Lieferanten, Arbeitnehmern und Verbrauchern sowie einem Vertreter der Regierung zu treffen wären.

Wenn in einem Industriegebiet eintritt, so über 75 v. H. der Bevölkerung a. W. liefern, so verdrängen die außer Arbeit stehenden Lebensmittel weiter wie bisher, die entweder aus Mitteln der Allgemeinheit oder mit Ersparnissen gekauft werden müssen. In den reicheren Ländern ebenfalls die Kraftmaschinen, Kraftwerke, Licht- und Heizungsanlagen usw. fast leer, die allgemeinen Nutzungen laufen weiter ohne wesentliche Verminderung. Nur die Aufwendungen für Holz und Kohle werden demnach der Einschränkung entsprechend geringer. Führen nur einzelne Betriebe die Arbeit fort, während andere, deren Arbeiter als Abnehmer der Waren der arbeitenden Betriebe in Frage kommen, liefern, dann bleiben die weiterarbeitenden Betriebe nur auf seine Vorratswirtschaft oder Export angewiesen.

Wenn wir durch die Einführung der Planwirtschaft für alle Gebiete sachliche, obligatorische Wirtschaftspraxis hätten, so wäre es diesen auch ohne weiteres möglich, sich zu einer Kreditgemeinschaft, zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzuschließen, die die Mittel bereitzustellen könnte, um das für Umstellungen notwendige Wirtschaftskapital, auch für Kredite und Landwirtschaft, zu beschaffen.

Es ist ein sehr großes Unglück, daß die politische Verflechtung der deutschen Arbeitnehmerschaft dazu führt, daß sie nicht in ausreichendem Maße zu erkennen vermag, daß Wege vorhanden sind, die zu einer Überwindung unserer wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten erfolgreich beitragen werden könnten. Im Unternehmertum bestehen, wie wir wohl wissen, die allerhöchsten Interessengegenstände, die heute auf Kosten der Arbeitnehmerschaft ausgedehnt werden. Das das aber möglich ist, in die uralte Schuld der Arbeitnehmer selbst, die niemand anders als sich dafür verantwortlich machen können.

Überwindung des Alkoholismus durch den Senat. Bei Anbruch des Krieges war eine der ersten Maßnahmen das Verbot des Alkohols, das sich durchaus gut bewährt hat. Aber das Alkohollieferanten und die Alkohollieferanten fühlten sich bedroht. Man erreichte das bekannte Telegramm aus dem Felde, das dann gedruckt in allen Wochenschriften erschien. Man suchte die Vaterlandsliebe in den Diensten des Alkohollieferanten zu wecken und bei vielen gelang diese Täuschung. In den Vereinigten Staaten von Amerika, diesem gefunden und wohlhabenden Lande, wurde die Verteilung und der Verkauf von Alkohol verboten und jetzt wird auch sein Mißbrauch zu medizinischen Zwecken verhindert. Im Reichstag Danzig, wo man keine Not kennt, wo auch der Alkohol in Adrenalinmitteln schmelzt, wird der Alkohollieferant vom Senat gefördert. Trotz der Wohnungsnot findet man überall Märschhäuser für eine neue Anleihe, wenn die Räume nicht gerade von einer Hand beansprucht werden. Der Einkauf von Rum, Arrak, Wein usw. wird liebevolle Pflege zuteil. Nur pure Ware, wird beschönigend hinausgelassen. So wird jetzt von der Handelskammer sehr verurteilt, daß 8000 Liter Rum und Arrak aus dem nichtidentischen Auslande für den inländischen Verbrauch eingeführt werden können. Gemäß, der Handel verdient daran, und da verstimmt jede sichere Ermüdung. Aber die Straftaten vor Gericht werden sich, bei denen der Alkoholkonsum die Ursache war, und auf der Straße sieht man betrunkenen Wehklagen, wie vor dem Kriege.

Verhaftung ohne Erfolg. Der Arbeiter Hermann Petke in Tannau, zuerst im Suchtstadium, fand wiederum vor der Strafkammer unter der Anklage des Einbruchdiebstahls. Zwei Personen wurden bei einem Schreibmaschinen-diebstahl überrascht. Als die eine Person wurde der Arbeiter Wigowski mit 1 1/2 Jahren Suchtstadium bestraft. Nach seiner Anklage war Petke der zweite Dieb. Er habe Petke in Romis kennengelernt, wo beide in der Erziehungsanstalt waren. Infolge eines Schreibfehlers stand nun in der Anklagechrift statt Petke Petke. Nun änderte Wigowski seine Aussage dahin, daß er mit einem Petke den Diebstahl ausgeführt habe. Den Petke kenne er gar nicht. Wigowski blieb vor Gericht bei seiner Anklage. Die Sache wurde vertagt und in Romis nochmals angefragt. Die Auskunft ging dahin, daß Petke und Wigowski gemeinsam in der Anklage waren. Das Gericht verurteilte Petke gleichfalls zu 1 1/2 Jahren Suchtstadium.

Angriff und Widerstand. Ein Kaufmann in Danzig stieg als Radfahrer nicht vor der Milchbänkebrücke, sondern erst auf der Brücke ab. Ein Schutzpolizistenschwermesser hielt ihn an und wollte seinen Namen feststellen. Die Wirtin hatte genügt dem Beamten nicht und er forderte den Kaufmann auf, nach der Bezirkswache zu kommen. Darüber kam es zum Streit. Der Kaufmann rief den Beamten an die Brust. Dieser schlug dem Gegner mit dem Seitengewehr über den Arm und nahm ihn dann an die Kette. Fabel leitete der Kaufmann Widerstand. Der Kaufmann wurde vom Schöffengericht zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

Wohnungsfrage der Friseurgehilfen. Die steigende Steuerung hatte auch die Friseurgehilfen zu neuen Wohnforderungen veranlaßt. In Verhandlungen der Wohnkommission einigte man sich auf eine Erhöhung um 25 Prozent. Eine Verlesung der Arbeiter erklärte sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen einverstanden und beschloß, die Presse in den Friseurgeschäften herauszugeben.

Draht der Turn- und Sportvereine. „Nische“, Stadtgebiet-Draht veranlaßt am Sonnabend, den 2. Dezember im Roten zur Cübahn ein Wohlthätigkeitsfest zum Behn der Dungenbühnen. Redner Gen. Dr. D. Wieg. Das Programm bietet turnerische Vorführungen, Verlosung und anderes mehr.

Aus dem Osten.

Russische Kommunisten vor dem Königsberger Schöffengericht. Bekanntlich wurden am 28. Oktober dieses Jahres in Königsberg gelegentlich einer geheimen kommunistischen Versammlung zehn russische Staatsangehörige verhaftet. Außer zum Teil erheblichen Geldbeträgen wurden bei ihnen eine Menge in russischer Sprache verfaßter Flugblätter und andere

Schriften gefunden und beschlagnahmt. Es wurde vermutet, daß die Anwesenheit dieser Männer in Königsberg mit irgendwelchen unklaren Bestrebungen der hiesigen Kommunisten im Zusammenhang stand. Nach Vernehmung der Gefangenen und Prüfung der Schriften konnte aber diese Annahme nicht mehr aufrechterhalten werden. Den Angeklagten wurde nur unbefugte Überschreitung der Reichsgrenze und Aufenthalt in Königsberg ohne polizeiliche Anmeldung zum Vorwurf gemacht. Mit dieser Angelegenheit hatte sich das Schöffengericht zu beschäftigen. — Nach ihren Angaben waren die Angeklagten zu verschiedenen Zeiten und auf verschiedenen Wegen nach Deutschland gelangt. Vor ihrer Ankunft in Königsberg waren die meisten von ihnen schon in Westdeutschland gewesen. Ueber den Zweck ihres Aufenthaltes in Deutschland machten sie verschiedene Angaben. Der Hauptangeklagte, Michalowski, erklärte, daß er als Angestellter und im Auftrage der russischen Regierung in Deutschland gewirkt habe, um die für seine Regierung aufzukaufenden Waren auf ihrem Transport nach Rußland zu beschleunigen. Einige andere gaben an, daß sie hier als Angestellte der russischen Regierung Waren aufkaufen wollten. Wieder andere behaupteten, in Deutschland sich nach Arbeitsgelegenheit umgesehen zu haben. Sie seien in die Versammlung gegangen, um hier über russische Zustände zu sprechen, hauptsächlich aber um die Anmerkungen zur Unterstützung der Roten in den von der Hungersnot in Rußland betroffenen Gebieten zu erwärmen. — Soweit die Angeklagten zugaben, daß sie schon einige Tage vor ihrer Verhaftung in Königsberg verweilt hätten, wurden sie zu drei Wochen Haft und 80 Mark Geldstrafe, die übrigen, außer dem Kaufmann Greifenberg, der freigesprochen wurde, nur wegen unbefugter Überschreitung der Reichsgrenze zu Haftstrafen von einer bis drei Wochen verurteilt. — Uns erscheint die Bestrafung für die Harmlosigkeit reichlich hoch, wenn nicht gar vollkommen überflüssig.

Die Königsberger Polizei im Kampf gegen den Wucher. In den Monaten Oktober und November d. J. ist die hiesige Polizei gegen 862 Personen wegen Wuchers eingeschritten, und zwar gegen 109 im Kartoffelhandel, gegen 148 im Milchhandel, gegen 18 im Handel mit Brot und Mehl, gegen 15 im Handel mit Butter oder Käse, gegen 8 im Handel mit Margarine, gegen 15 im Handel mit Zucker, gegen 20 im Handel mit Gemüse und Obst, gegen 2 im Handel mit Hülsen, gegen 1 im Handel mit Kleidungsstücken, gegen 2 im Handel mit Schuhen und gegen 5 wegen Wohnungswuchers. In einem Falle sind kürzlich in einem in der Altstadt gelegenen Schuhgeschäft Schuhwaren im Gesamtwert von etwa 150000 Mark durch die Polizei beschlagnahmt worden, die mit einem unerbittlich großen Nutzen verkauft werden sollten. Der Inhaber dieses Geschäftes hatte seine Ware von Woche zu Woche derart aufgeschlagen, daß der Aufschlag schließlich die Höhe von 100 Prozent des ursprünglichen Wertes betrug. Auch die Danziger Polizei sollte unerbittlich streng gegen alle Versuche einschreiten, die zum Lebensunterhalt notwendigen Waren der Bevölkerung unnötig zu verteuern.

Königsberg. Der Banunternehmer Julius Fischer, der seit etwa 14 Tagen vermißt wurde, ist von Schlittschuhlaufen den Schülern unter dem durchsichtigen Eise des Oberlaufes ertrunken worden. Wahrscheinlich liegt Selbstmord vor.

Der landwirtschaftliche Tarifvertrag für Ostpreußen ist nunmehr zum 1. April 1922 festgesetzt worden. Wie aus Königsberg mitgeteilt wird, unterzeichneten die in der landwirtschaftlichen Provinzialarbeitsgemeinschaft vertretenen Verbände das bereits am 20. Oktober aufgestellte Zusatzabkommen zu dem landwirtschaftlichen Tarifvertrage des Ostens, wodurch die unter dem 14. März d. J. vorgesehene Lohnregelung bis zum 1. April 1922 durchgeführt worden ist.

Gewerkchaftliches.

Annahme des Schiedsspruches für die Werftbetriebe. Ueber den für die Werftbetriebe in Norddeutschland gefällten Schiedsspruch fand Sonntag in allen Orten mit Seeschiffswerften die Urabstimmung statt. Es wurden 44762 Stimmen abgegeben. Davon lauteten für die Annahme 20188, gegen die Annahme 15182, ungültig waren 402 Stimmen. Die Arbeitgeberorganisationen haben den Schiedsspruch ebenfalls angenommen, so daß die Wöhne vom 1. Dezember ab in Geltung treten.

Der Achtstundentag in der Tschechoslowakei. Das Ministerium für Volkswirtschaft veröffentlichte unlängst die Berichte über die Erfahrungen, wie sich die Gesetze von 1918 und 1919 über den Achtstundentag in der Industrie und der Landwirtschaft bewährt haben. Die Durchführung der Gesetze stieß nur in den Handelsgewerbetrieben und im Kleinhandwerk auf Hindernisse. Durch Tarifverträge ist im Hotel- und Schuhmacherhandwerk die Arbeitszeit auf 9 Stunden, in der Landwirtschaft zum Teil auf 10 Stunden angesetzt worden. Daneben wurde in einzelnen Betrieben der Zementindustrie länger als 8 Stunden — bis zu 12 1/2 Stunden — gearbeitet. In der Lederindustrie, welche Sattlerindustrie ist, sind die Schwierigkeiten durch Einstellung von drei, ja sogar vier Schichten behoben worden. In Böhmen ist das Gesetz im allgemeinen gut durchgeführt worden, im Gegensatz zu der Slowakei, wo es viel weniger beachtet wurde.

Eine Arbeiterhochschule in Belgien. Am 1. Oktober ist in Brüssel eine Arbeiterhochschule für die Ausbildung von Gewerkschaftsführern und Funktionären eröffnet worden. Der Aufbringung der Kosten haben sämtliche Gewerkschaften mit allen der beizutreten. Die Gewerkschaften selbst entsenden die Schüler an die Hochschule; der Kursus soll 28 Wochen dauern mit 8 Stunden Unterricht pro Tag. In den Lehrplan sind aufgenommen: Die Entwicklung der Industrie, die Arbeitsverhältnisse, Geschichte der Arbeiterbewegung, Wirtschaft und Sozialgeschichte Belgiens, außerdem Vorträge wirtschaftlichen und sozialen Inhalts.

Der vergrabene Millionenraub. Durch die Enttarnung eines bestreiftigen Gefangenenauffsehers in Münster in Westfalen ist ein geplanter Gefangenens-Fluchtversuch in letzter Stunde vereitelt worden. Es handelt sich um die Verbrecher, die am 24. August 1920 in Westfalen einen Lohngeldwagen der Zeche Emischer-Tippe überstolen, den Ruffner und die begleitenden Bureaubeamten erschossen und dann mit dem Millionenraub verschwanden. Der verhaftete Aufseher ist ein 22 Jahre alter aus Landshut in Schlessen stammender früherer Elektrotechniker Rudolf Salpaus, der sich schon nach kurzer Zeit bestreift ließ und, wie für andere Gefangene, so auch für die Bochumer Raubmörder Ruffner in einer nur aus Strichen bestehenden Geheiminschrift besorgte. Salpaus ließ sich von seiner Ehefrau beurteilen und fuhr zunächst zu der Mutter der Gefangenen, um sich durch Erpressung von 5000 M. Bestechungsgelder zu verschaffen, und kam dann nach Berlin, um einen angeblich vergrabenen Schatz zu heben. Hier wurde er verhaftet. Bei dem Verhafteten fanden die Beamten einen Ruffner, der aus einer Geheiminschrift in Strichen und einer Klasse bestand. Es ergab sich, daß es sich um eine Anweisung und eine Skizze zur Ermittlung des geraubten und vergrabenen Geldes handelte.

Die Schulverhandlungen im Prozeß Landru. Im Prozeß Landru hat der Staatsanwalt die Verurteilung des Angeklagten, der 11 Morde begangen hat, beantragt. Der Staatsanwalt gab zu, daß über die Art und Weise, wie Landru getötet habe, eine Klarheit nicht erreicht worden sei. Aber der Indizienbeweis erlicht ihm als stark genug, um die Notwendigkeit zu rechtfertigen, diesen verurteilten Zweig vom Baume der Gesellschaft abzuheben. Einige Abendzeitungen finden dieses Bild nicht sehr geschmackvoll und die Rede des Staatsanwalts langweilig. Landru machte sich in völliger Ruhe Notizen. Es scheint, daß er nach seinem Verteidiger selbst zu den Geschworenen sprechen wird. Das Urteil ist morgen zu erwarten.

Ein Verbrechertransport nach Rußland. Dieser Tage hat der Dampfer „Carlo“ mit etwa 180 Strafgefangenen, die sich in Deutschland auf verbrecherische Art betätigt hatten, den Stettiner Hafen verlassen. Wie berichtet wird, sollen allein 100 Schwerverbrecher unter diesem Transport sein, die sich zum Teil aus ehemaligen Kriegesgefangenen rekrutieren. Auch die Raubmörder, die in Cöln und Ragnow in Pommern ihre Verbrechen verübten, sind unter dieser Gesellschaft, die nun an Sowjetrußland ausgeliefert werden soll. Der Dampfer wird nach Petersburg geleitet. Zwei Torpedoboote werden zur Bewachung an der Reise teilnehmen.

Zwei originelle Notgeldserien. Die Stadt Quakenbrück hat Notgeld herausgegeben, das Vorgänge aus der Stadtgeschichte veranschaulicht. Auf einem der Scheine ist das Haus des Sattlermeisters abgebildet, bei dem der Reichspräsident Ebert in seiner Lehr- und Wanderzeit in den neunziger Jahren das ehrbare Sattlerhandwerk ausgeübt hat. Darunter liest man: „Das Handwerk erfreut sich hier steter Gunst, der Reichspräsident betrieb einst hier die Kunst.“ — Auch Detmold hat eine neue Serie künstlerischer Notgeldes herausgegeben. Der Entwurf der Vorderseite der Scheine zeigt in stilvollen Umrahmungen das Wappen der Stadt Detmold. Die Rückseite zeigt in zehn verschiedenen Bildern die Vorkämpfer im Teutoburger Walde nach dem bekannten Schiefeligen Biede „Als die Römer frech geworden“.

Die Jagd nach dem Dollar wird seit einiger Zeit von Schwindlern eifrig ausgebeutet. Zwei „Spezialisten“ auf diesem Gebiet machen sich in Berlin die Beliebigkeit des Dollars bei allen Geschäftleuten in der Weise zunutze, daß sie mit falschen Noten bezahlen. Sie suchen sich besonders die Geschäfte auf, die teure Waren sellbleien, namentlich Pelzwarengeschäfte. Die Geschäftsinhaber entdecken zu spät, daß man ihnen längst außer Kurs gesetzte Noten, die sogenannten „Grenada“ in die Hände gespielt hat. Bei der Rohbarkeit der verkauften Waren handelt es sich jedesmal um erhebliche Beträge.

Harte Strafen für unberechtigte Warenausfuhr. In Köln wurde vom Wuchergesetz eine Belgierin, die bei einer Maffia auf dem Kölner Hauptbahnhof festgenommen worden war und in deren Koffer ein Mantel, sechs Schales, und etwa 80 Taschentücher deutschen Ursprungs gefunden worden waren, zu drei Monaten Gefängnis und 60000 M. Geldstrafe verurteilt. Zwei Männer aus Charleroi, die große Posten Hemden und Hosenträger in Deutschland ausgekauft hatten, um sie nach Belgien auszuführen, wurden zu je drei Monaten Gefängnis und 100000 M. Geldstrafe verurteilt.

Schwere Munitionsexplosion. Auf dem Grenzübergang in Karlsruh bei Königsberg, wo die Gesellschaft für Verwertung von Heeresgut eine Verleugungsanstalt für Munition errichtet hat, ließen gestern mittag Arbeiter eine Kiste mit Sprengkapseln fallen. Es entstand eine Explosion, wodurch drei Arbeiter verwundet wurden.

Opfer des Eises. Auf einem Teiche bei Wien (Magdeburg) brachen drei Knaben im Alter von 8 bis 14 Jahren beim Schlittschuhlaufen ein und ertranken.

Heimkehr aus Rußland. Der Dampfer „Hann“ ist am 28. November abends mit 474 Passagieren in Swinemünde eingetroffen.

